

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
1	117		Gesamtergebnishaushalt	12	-96.231.530					-6.100.000	-6.100.000			Linke: -6.100.000 Euro . Das Kostendämpfungsprogramm (KDP) beenden. Das KDP läuft nun schon seit 2015, seine Möglichkeiten sind ausgeschöpft. Erreicht wird jetzt das Gegenteil: die Verwaltung kann Aufgaben nicht mehr richtig ausführen, muss Zeit für KDP-Maßnahmen aufwenden, statt ihre Aufgaben zu erfüllen. Fraktion: -6.100.000 Euro . Das KDP entstand in einer anderen wirtschaftlichen Situation. Die aktuelle Wirtschaftslage der Stadt lässt keine Argumentation für Personaleinsparungen zu. Die Stadt Tübingen sollte auch in der Mitarbeiter_innenauslastung mit gutem Beispiel vorangehen.	mehrheitlich abgelehnt		
2	139	12	1120	12	-1.714.216	-35.000 -45.000								AL/Grüne: -35.000 Euro . Zwei Ausbildungsstellen in der Zentralen IT: Nur kontinuierliche Ausbildung kann verhindern, dass die Stadt spätestens ab 2025 in die Falle des Fachkräftemangels in der IT kommt. -45.000 Euro, +1,0 AK . Eine unbefristete Stelle Anwendungsbetreuung/eGovernment/neue Fachverfahren E11. Begründung: Schon digitalisierte Fachverfahren müssen laufend betreut werden. Das OZG-Änderungsgesetz liegt im Entwurf vor. Kommunen müssen künftig die Reifegrade ihrer Verfahren offenlegen. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Ausbildungsstellen hochgerechnet ab 01.09.2023 mit jeweils 6.960 Euro. Jährliche Folgekosten somit jeweils 20.880 Euro. Annahme Stelle eGovernment in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 36.200 Euro. Jährliche Folgekosten somit 72.400 Euro.	Zwei Ausbildungsstellen in der zentralen IT: mehrheitlich zugestimmt (jeweils 6.960 Euro) Stelle Anwendungsbetreuung/eGovernment/neue Fachverfahren: mehrheitlich zugestimmt (36.200 Euro)	-	50.120,00
3	147	11	1121	12/14		-100.000								AL/Grüne: -100.000 Euro, +0,5 AK . Städtische Koordinationsstelle plus Bereitstellung von Sachmitteln für eine allgemeine TASK FORCE zur Gewinnung von Mitarbeitenden. Es wird eine Koordinations- oder Ansprechstelle für eine TASK FORCE zur Gewinnung von Mitarbeitenden eingerichtet. Zusätzlich werden Gelder zur Verfügung gestellt, dass diese Koordinationsstelle mit externen Agenturen oder ähnlichem arbeiten kann. Aktuell ist es so, dass quasi alle FAB-Leitungen, Abteilungsleitungen, oder auch Leitungen von Töchtern der Stadt Tübingen, sich zusätzlich zu ihren Tätigkeiten in den Bereichen: - Strategieentwicklungen für ihren Bereich - Projektkoordination - Operatives tägliches Geschäft zudem mit der Thematik Mitarbeiter_innengewinnung beschäftigen müssen. Das ist für die jeweiligen Leitungen zu viel. Es sollte unserer Meinung nach eine zentrale Steuerung zu diesem Thema geben (in der Wirtschaft wird das auch so gemacht). Dadurch ist die tägliche Arbeit der Leitungspositionen wieder konzentrierter. Außerdem glauben wir, dass so aktuell Mitarbeitende eher gehalten werden können. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in E10 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 17.150 Euro. Jährliche Folgekosten somit 34.300 Euro.	mehrheitlich abgelehnt		
4	147	11	1121	12	-3.201.435					-45.000				Linke: -45.000 Euro, +1,0 AK . Zusätzliche Personalstelle Personalverwaltung rechtliche Betreuung. Im Bereich Personalbetreuung gibt es eine "Engstelle" um die Abläufe für die Bezüge- und Entgeltabrechnungen gut zu betreuen. Diese muss dringend besetzt werden. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle Bezügerechner in E9a und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 29.100 Euro. Jährliche Folgekosten somit 58.200 Euro. Annahme Stelle Personalreferent in A10 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 28.400 Euro. Jährliche Folgekosten somit 56.800 Euro.	mehrheitlich abgelehnt		
5	147	11	1121	12/14		-50.000								AL/Grüne: -50.000 Euro . Förderung von arbeits- u. berufsspezifischer Sprachförderung. Es zeichnete sich ab, dass sowohl Arbeitnehmende als auch die Arbeitgeberin (Stadt) sehr von Sprachförderungen in dieser Form profitieren. Es geht darum, auf beiden Seiten Unterstützung zu bieten für: 1. Arbeitnehmer_innen: - Wie stelle ich meine Bedürfnisse in angemessener Form dar? (Etwa Urlaubsantrag oder Verbesserungsvorschläge) 2. Arbeitgeberin (Stadt) - Wie kann ich durch mehr interkulturelle Sprache (etwa Anglizismen, für mich verständlich gemachte Begriffe) besser mit meinen Mitarbeitenden umgehen? Herr Niewöhner berichtete, dass es bereits so ein ähnliches Angebot gibt und dieses im Gegensatz zu vielen anderen Angeboten der Stadt sehr sehr gut besucht ist. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in E9b und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 29.900 Euro. Jährliche Folgekosten somit 59.800 Euro.	Antrag zurück genommen		

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
6	151	20	1112	14	-58.580									-2.500	<p>Integrationsrat: -2.500 Euro. Der Integrationsrat Tübingen ist mittlerweile 9 Jahre alt. Es ist eine sehr willkommene Entwicklung der Beteiligung des IR zu beobachten. Beim Haushalt 2022 stellte der IR seinen ersten Antrag, dieses Jahr sind es bereits sechs Anträge. Es stellte sich heraus, dass der IR einen Bedarf an Information/Wissen zum Thema Haushalt allgemein hat und insbesondere zum Haushalt Tübingen. Deshalb stellt der IR Tübingen den Antrag von der Abteilung Finanzen in Tübingen einen Workshop zu bekommen. Zeitpunkt und Umfang sind mit dem IR zu besprechen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Für die Schulung sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich.</p>	zurück genommen	
7	157	101	1110	18	-607.395						-60.000			-50.000	<p>Fraktion: -60.000 Euro. Automatische Untertitel und Gebärdedolmetscher_innen für das Streaming von Gemeinderatssitzungen. Auch Personen, die nicht hören können, sollen Teilhabe an der Demokratie ihrer Stadt haben. Daher fordern wir die Einführung einer automatischen Untertitelung und ein_e Gebärdedolmetscher_in für das Streaming von Gemeinderatssitzungen. Dadurch haben auch Bürger_innen dieser Stadt, die andere Sprachen außer deutsch können, die Möglichkeit, eine automatische Übersetzung der Untertitelung vorzunehmen. Diese Maßnahme sorgt gleichzeitig für mehr Transparenz in der Demokratie.</p> <p>Integrationsrat: -50.000 Euro. Der Integrationsrat trifft sich als komplettes Gremium sechs Mal im Jahr. Die Sitzungen dauern 3 Stunden. Es ist unmöglich in dieser Zeit acht Wochen Gremiensitzungen (Ausschüsse und Gemeinderat) des Gemeinderats zu besprechen. Deshalb stellt der Integrationsrat den Antrag, dass er wöchentlich (dienstags) auch Sitzungen abhalten kann in einem Raum des Rathauses und mit entsprechender Aufwandsentschädigung für aktive Teilnehmende an den Sitzungen. So hat der IR die Möglichkeit die Sitzungen des GR besser vorzubereiten. Der Betrag setzt sich als geschätzter Betrag zusammen, wenn immer alle 12 sachkundigen Einwohner_innen anwesend wären.</p> <p>Inhaltlich ist es sehr wichtig, dass der IR diese Möglichkeit der Besprechung bekommt, denn viele Themen sind integrationsrelevant im GR. Es zeichnete sich in der Vergangenheit ab, dass IR-Mitglieder der einzelnen Gremien des GR mehr Gesprächsbedarf haben, aber eben der Raum dafür fehlt.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Mitglieder des Integrationsrats erhalten für die Teilnahme an Sitzungen nach § 2 der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit Sitzungsgeld. Sitzungsgeld wird neben der Teilnahme als sachkundige Einwohnerin oder Einwohnern an Sitzungen des Gemeinderats nur für offizielle Sitzungen des Integrationsrats gezahlt. Voraussetzung ist eine Tagesordnung und die Einladung aller Mitglieder des Integrationsrats. Ein Treffen nur eines Teils des Integrationsrats hat informellen Charakter. Soll dafür ebenfalls Sitzungsgeld gezahlt werden, ist eine Satzungsänderung erforderlich. Nach der Geschäftsordnung des Integrationsrats sowie den Vorgaben des Partizipations- und Integrationsgesetzes berät dieser den Gemeinderat und die Verwaltung bei allen Themen, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen und bei allen integrationspolitischen Fragen. Aus Sicht der Verwaltung ist daher eine Vorberatung aller Vorlagen des Gemeinderats nicht erforderlich.</p>	<p>Automatische Untertitel: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Sitzungen Integrationsrat: zurück genommen</p>	
8	159	102	1114-10	14	-382.380			-30.000			-35.000				<p>Tübinger Liste: -30.000 Euro. Konzepterstellung Rathausfoyer: Das Rathausfoyer repräsentiert unzulänglich Geschichte und Gegenwart unserer Stadt. Die interfraktionellen Ideen zur Gestaltung sollen wieder aufgegriffen werden. Der Betrag dient möglichen Beauftragungen externer Agenturen etc.</p> <p>Fraktion: -35.000 Euro. Bürger_innenhaushalt Planung und Einführung im Jahr 2024. Wir fordern die Einführung eines Bürger_innenhaushalts ähnlich zu dem der Stadt Prenzlau. Bei dem Bürger_innenhaushalt handelt es sich um einen finanziell begrenzten Beteiligungshaushalt (wir schlagen 30.000 Euro pro Jahr vor, die Festsetzung über die Höhe erfolgt regelmäßig mit der mittelfristigen Finanzplanung zur Haushaltssatzung) über den die Einwohner_innen der Stadt Tübingen in einem vorgegebenen Verfahren mitbestimmen und entscheiden können. Die Vorschläge können schriftlich oder elektronisch eingereicht werden. Die Abstimmung über die eingereichten Vorschläge des Bürger_innenhaushalt erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung bis zum 30.06. eines jeden Kalenderjahres. Zur Abstimmung über die eingereichten Vorschläge im Rahmen des Bürger_innenhaushalt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner, die am Tag der Abstimmungsveranstaltung das 16. Lebensjahr vollendet haben, berechtigt. Ebenso können Personen, die am Tag der Abstimmungsveranstaltung das 12. Lebensjahr vollendet haben, in Begleitung ihrer Eltern bzw. Personensorgeberechtigten, welche Tübinger Einwohner_innen sind, an der Abstimmung teilnehmen. Sie entscheiden durch Abstimmung, welche Vorschläge innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets realisiert werden können. Vorschläge werden in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Anzahl der Stimmen realisiert, bis das zur Verfügung stehende Budget aufgebraucht ist.</p>	<p>Konzept Rathausfoyer: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Bürger_innenhaushalt: mehrheitlich abgelehnt</p>	
9	166	102	1125	14	-500.060	-396.000									<p>AL/Grüne: -396.000 Euro. Erstattung des 49-Euro-Tickets für alle städt. Mitarbeiter_innen, bei Einreichung des Tickets.</p> <p>Annahmen: - 1.500 Beschäftigte beantragen die Erstattung. - Start Juli (6 Monate in 2023) => 1.500 x 6 x 49 = 441.000 Euro Ab Juli ersetzt dies das bisherige Jobticket (bisher 90.000 Euro), daher 45.000 Euro bereits eingeplant. => 441.000 - 45.000 = 396.000 Euro</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Ansatz wurde um 232.300 Euro erhöht, s. hierzu Änderungsliste (Vorlage 807/2022)</p>	<p>Budget für den Erwerb des Jobtickets für 14 Euro /Monat für städt. Mitarbeitende inkl. Eigenbetriebe sowie wesentlichen Beteiligungen: mehrheitlich zugestimmt</p>	- 14.800,00
10	170	101	1210	14	-97.580					+50.000					<p>Linke: +50.000 Euro. BürgerApp: Vollversand Codes und Informationen über neue Funktionen streichen. Die Kosten der BürgerApp stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrem Nutzen.</p>	mehrheitlich abgelehnt	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
11	177	001	1130	12	-383.962	+0								AL/Grüne: Öffentlichkeitsarbeit (siehe Vorlage 803/2022, laufende Nr. 2). Dort wird eine halbe Stelle (0,5 AK) geschaffen aufgrund des Aufgabenzuwachses in den vergangenen Jahren (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die gestiegene Menge an städtischen Projekten in allen Bereichen, zunehmende Mitwirkung in Projektgruppen, Verdopplung der Presseanfragen seit 2017, barrierefreie Internetseite) sowie für den Ausbau der städtischen Social Media Aktivitäten (v.a. Instagram). Zusätzliche Aufgabenbeschreibung (keine weitere Stellenschaffung): Ebenso die Kommunikation und kurze Vorstellung von zentralen Gemeinderatsvorlagen über Social Media im voraus der Beschlussfassung.	zurück genommen		
12	180	002	1114-002	14	-339.950	-10.000					-10.000 -1.000			AL/Grüne: -10.000 Euro. Männer-/ Jungenarbeit. In Deutschland/Baden-Württemberg oder eben auch in Tübingen (wobei wir ein tolles Projekt haben mit den Pfanzkerlen), arbeiten wir viel an Mädchen- oder Frauenarbeit. In keinster Weise wollen wir diese negativ beeinflussen. Allerdings gibt es beispielsweise auch bei Mädchen/Frauen mit Fluchtgeschichte viel mehr Untertützung als bei Jungen/Männern. Aktuell wird dieser Bereich größtenteils von Kirchen übernommen. Wir wünschen uns mit diesem Antrag, dass auch Jungen/Männer mehr unterstützt werden. Es sollen etwa Räume geschaffen werden für: - Aufenthalt (gemeint ist in der Freizeit) - Neigungsorientierte Beschäftigung (etwa beruflich, kreativ und ähnliches) - Schutzräume für Vergangenheitsbewältigungsarbeit in neuen und anderen Formen - u.v.m. Der Antrag dient dazu, ein Brainstorming und in der Folge eine Konzeptarbeit mit Expert_innen zu schaffen. Nächste Schritte sind dann zu besprechen. Fraktion: -10.000 Euro. Aufwendungen für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Lecktüchern in Tübinger Kneipen, Bars und geeigneten öffentlichen Einrichtungen. Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht. Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Und weiblich gelesene Menschen sind leider noch häufig die Personen, die sich um Verhütung sorgen und deren Kosten tragen müssen. Gonorrhö, Chlamydien und Syphilis sind in Europa wieder auf dem Vormarsch. Gratis verteilte Kondome könnten dagegen helfen. Daher soll die Stadt kleine Packungen Kondome ggf. mit Werbung für umweltschützende Programme wie "Tübingen macht blau" oder Nachtruhe mit Sprüche wie "Schreien könnt ihr Zuhause", in Kneipen und Bars sowie geeigneten öffentlichen Einrichtungen wie das Bürgeramt bereitstellen. -1.000 Euro. Geschlechtsneutrale Beschilderung von öffentlichen Toiletten. Statt des binären Weiblich/Männlich-Piktogramms soll eine Abbildung der in den jeweiligen Räumlichkeiten vorhanden Toilettenformen und ein Spruch "All Genders Welcome" (siehe Beispiel in Antrag FRAKTION 506/2022). Wir sind der Ansicht, dass Menschen sich nicht einem binären Geschlecht zuordnen müssen sollten und dass es Freiheit geben sollte, die Toilette aufzusuchen, die gewünscht ist. Angesichts der Queeren Woche ist es in unseren Augen angebracht, mehr Sichtbarkeit für Menschen außerhalb des binären Geschlechtermodells herzustellen. Die Schilder stellen eine sehr kostengünstige, subtile und gleichzeitig präzente Möglichkeit hierzu dar. <u>Hinweis des Verwaltung:</u> Die Mittel für kostenlose Kondome und Lecktücher wurden bereits im letzten Haushaltsjahr bereitgestellt und fortgeschrieben.	Männer-/Jugendarbeit: mehrheitlich abgelehnt Kondome/Lecktücher: zurück genommen Beschilderung Toiletten: mehrheitlich abgelehnt		
13	180	002	1114-002	17	-674.870	-10.000	-30.000			-30.000	-30.000			AL/Grüne: -10.000 Euro. Move on: Der neue Akteur als zivilgesellschaftliche Organisation in der Beratung von Geflüchteten und Lobbyarbeit und Vernetzung macht seit etlichen Jahren viel ehrenamtliche Arbeit bzw. hat sich kleinere Summen bei Stiftungen beschafft. Der Bedarf an Beratung ist groß. Der Verein hat viel Kompetenz bei den verschiedenen Themen der Asylverfahrensberatung aufgebaut. Die Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung der Abteilung „Hilfen für Geflüchtete“ dürfen diese Beratung nicht machen. Der Verein betätigt sich auch als engagierter und kritischer Lobbyist in flüchtlingspolitischen Themen, z.B. ist er seit etlichen Jahren im Jour Fixe ABH dabei. Der Bedarf an Beratung ist groß, auch durch den Ukraine-Krieg nochmals angewachsen (es ist hier vor allem Formularhilfe und Unterstützung von Drittstaatenangehörigen gefragt). SPD: -30.000 Euro. Zuschuss move on menschen.rechte Tübingen e.V.: Weiterermöglichung von bisher überwiegend ehrenamtlich geleisteter wichtiger Sozial- und Beratungsarbeit. Linke: -30.000 Euro. Das Projekt "Plan.B" des Vereins "move on" ist eine Fachberatungsstelle und hat sich als Schnittstelle zwischen Geflüchteten, Sozialarbeiter_innen, Ehrenamtlichen, Arbeitgeber_innen, Rechtsanwält_innen und Behörden entwickelt. Es unterstützt die Geflüchteten bei der Erfüllung ihrer Mitwirkungspflichten, bei Arbeitsvermittlung und Antragstellung. Dabei handelt es sich um keine Doppelstruktur, da andere Stellen diese Aufgaben nicht erfüllen. Fraktion: -30.000 Euro. Seit Anfang 2020 berät und unterstützt das Projekt „Plan.B“ geflüchtete Menschen in der Stadt und im Landkreis Tübingen sowie der weiteren Region bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts sowie in den Bereichen Bildung und Beschäftigung und trägt damit zur nachhaltigen Integration von Geflüchteten bei. Neben der Beratung im Asylverfahren unterstützt das Projekt insbesondere Geflüchtete, deren Asylanträge zuvor abgelehnt wurden, die aber über Bildung, Arbeit oder Ausbildung gut in die Gesellschaft integriert sind, beim Erreichen einer Bleibeperspektive. Move on hat eine Regelförderung durch die Stadt Tübingen von jährlich mindestens 30.000 Euro beantragt. Die Summe ergibt sich aus der Kalkulation für unsere Leistungen für unser Projekt Plan.B. Wir haben sowohl bei der Stadt Tübingen, beim Landkreis Tübingen als auch beim Land BW einen Antrag für Plan.B gestellt. Der von uns errechnete Bedarf ist insgesamt 104.000 Euro im Jahr 2023. Der Landkreis, bei dem sie auch 30.000 Euro pro Jahr beantragt haben, hat inzwischen für 2023 einen Zuschuss von 20.000 Euro bewilligt. Das Land Baden-Württemberg, bei dem sie 40.000 Euro Zuschuss pro Jahr beantragt haben, hat den Antrag abgelehnt. Im Moment kann move on ihr Projekt noch nicht so ausführen, wie sie das gerne tun würden und machen unzählige unbezahlte Stunden Arbeit.	mehrheitlich zugestimmt	30.000,00	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
14	180	002	1114-002	17	-674.870									<p>Integrationsrat: -45.000 Euro. Im letzten Haushalt stellte der Integrationsrat einen Antrag auf die Schaffung einer externen Stelle, einer Ombudsstelle mit 50%. Der Betrag war offen, weil der IR diesen nicht schätzen konnte. Die Stadtverwaltung hat diesen offenen Betrag mit einer Schätzung von 28.400 Euro im Haushalt eingestellt.</p> <p>„Bezuschussung einer 0,5 AK; EG 9a; 28.400 Euro pro Jahr: Zunächst Befristung auf 2 Jahre, um zu prüfen, ob es dauerhaften Bedarf gibt. Ein entsprechender Bericht soll Ende nächstes Jahr erfolgen.“</p> <p>Der IR freut sich über die Zustimmung zu einer Ombudsstelle und hat eine „AG Ombudsstelle“ gegründet und hat an folgenden Punkten zu dieser Stelle gearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung einer externen Ombudsstelle - Arbeitsweise und Befugnisse - Stellenprofil <p>Es stellte sich heraus, dass die geplante Summe von 28.400 Euro den Ansprüchen an diese Stelle nicht genügt. Die AG hat beschlossen, dass es zum Haushalt 2023 einen Zusatzantrag zu dieser Stelle geben soll.</p> <p>Die Stelle muss nach Erkenntnissen dieser Arbeitsgruppe mit TVÖD 11 Stufe 3 eingestuft werden. Das sind ungefähr 36.000 Euro. Außerdem benötigt die Stelle Sachmittel. Diese werden von der Gruppe festgelegt auf 9.000 Euro zusätzlich. Somit ergibt sich der Betrag von 45.000 Euro.</p> <p>Zwei Dinge möchte der IR an dieser Stelle nochmals betonen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dem IR ist die Neutralität der Ombudsstelle sehr wichtig. Was bedeutet das? Diese Stelle soll nicht parteilich agieren und vor allem vermitteln, schlichten und zu gütlichen Einigungen mit der Stadtverwaltung führen. Dies wird in den allermeisten Fällen auch möglich sein. Nur in strittigen Fällen soll es die Option geben, dass eine Sachverständige_r mit hinzugezogen wird. Mit dieser/diesem Sachverständige_n müssen beide Seiten einverstanden sein. Dafür bedarf es einer Kommission, die darüber entscheidet. Der Integrationsrat soll in die Gründung und Aufstellung der Beteiligten in dieser Kommission miteinbezogen sein. 2. Die Stelle hat auch bis zu 25% die Aufgabe der Verweisberatung. Was bedeutet das? Die Ombudsstelle wird konfrontiert sein mit anderen Fragen als es der IR als Hauptaufgabe für diese Stelle sieht. Etwa Fragen der des gesetzlichen Aufenthaltsstatus oder Dokumente, die zur Existenzsicherung notwendig sind, um weitere Anträge zu stellen. Oder ganz neu wird dazu kommen: Fragen des Chancenaufenthaltsrechts. Hier soll die Stelle zum genannten prozentualen Anteil auch Verweisberatungsaufgaben übernehmen. Sollte dieser Anteil zu groß werden, hat die Stelle dies dem IR zu melden und der IR versucht eine Lösung herbeizuführen. <p>Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung entwickelt dazu eine Vorlage und wird noch vor der Sommerpause mit einem Vorschlag ins Plenum des Integrationsrats gehen.</p>	Zuschusserhöhung Ombudsstelle: Die Bezuschussung der Ombudsstelle soll auf insgesamt 45.000 Euro erhöht werden. Das bedeutet, es werden zusätzliche 16.560 Euro mit Sperrvermerk in den Haushaltsplan eingestellt.	-	16.560,00
15	182	003	5610-003	12	-519.132	-40.000								<p>AL/Grüne: -40.000 Euro, +0,5 AK. „Koordinationsstelle Umweltbildung“: Das gesamte Klimaschutz- und Umweltschutzprogramm der Stadt benötigt Angebote für Kinderhäuser, Schulen und Jugendeinrichtungen, benötigt aber auch Angebote für Bildungsinstitutionen der Erwachsenenbildung. Der Bedarf an Information, Aufklärung und Bewusstseinsbildung ist groß. Auch die Themenpalette ist groß: Klimaschutz im täglichen Leben, Energieaspekte, Artenvielfalt - um Beispiele zu nennen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 18.100 Euro. Jährliche Folgekosten somit 36.200 Euro.</p>	mehrheitlich abgelehnt		
16	182	003	5610-003	17	-328.510				-50.000					<p>CDU: -50.000 Euro. Die Ausstattung von Privathäusern mit Photovoltaikanlagen ist ein wichtiges Element, um den Einatz erneuerbarer Energien zu unterstützen und um den Anteil erneuerbarer Energien an der lokalen Stromerzeugung zu erhöhen. Wir beantragen, dass die Stadt den Zuschussbetrag, der aus Bundesmitteln für die Einrichtung von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt wird, um 5 % der Gesamtkosten erhöht (maximal 2.500 Euro). Die Mittel sollen gezielt für Photovoltaikanlagen auf Dächern von Privathäusern zur Verfügung stehen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Vom Bund gibt es lediglich einen vergünstigten (KfW-)Kredit. Der vorhandene städtische PV-Fördertopf kann aufgestockt werden.</p>	Zuschuss Photovoltaikanlagen bei Privathäusern: mehrheitlich zugestimmt	-	50.000,00
17	204	THH_2	6110	1	147.920.990									<p>Tübinger Liste: -3.212.121 Euro. Reduzierung der Grundsteuer B auf den vor 2021 geltenden Hebesatz 560 v.H. zur Entlastung der von der allgemeinen Preissteigerung stark betroffenen privaten Haushalte. Zudem war die Anhebung von 560 v.H. auf 660 v.H. entgegen der ursprünglichen Annahme nicht erforderlich, wie die Haushaltsergebnisse der letzten beiden Jahre zeigen.</p> <p>Linke: -1.550.000 Euro. Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 660 auf 610. Die Grundsteuer B wird für mehr als die Hälfte des Wohnungsbestand auf die Mieter umgelegt. Auch die Wirtschaft wird in Corona-Zeiten zusätzlich belastet. Die hohe Grundsteuer konterkariert alle Anstrengungen zur Dämpfung des Mietniveaus.</p> <p>FDP: -3.000.000 Euro. Grundsteuer auf alte Sätze, zur Entlastung der Mieterhaushalte und zur allgemeinen Krisenprävention. Erfahrungen der Vorjahre belegen, dass die Erhöhung der Grundsteuer zum Haushaltsausgleich nicht erforderlich waren.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Eine Reduzierung der Grundsteuer um 50 v.H., würde beim akt. geplanten Aufkommen von 21,2 Mio. Euro, zu geringeren Ertägen von 1.606.061 Euro führen, eine Reduzierung um 100 v.H. würde zu geringeren Erträgen von 3.212.121 Euro führen.</p>	TL und Linke: mehrheitlich abgelehnt FDP: zurück genommen		

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
18	204	THH_2	6110	1	147.920.990		+3.800.000			+5.400.000				<p>SPD: +3.800.000 Euro. Ansatzerhöhung Gewerbesteuer.</p> <p>Linke: +5.400.000 Euro. Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von 390 auf 400. Ausgleich für Senkung der Grundsteuer B. Zusätzliche Mittel zur Finanzierung des ticketfreien TüBus, solange eine Umlage juristisch nicht möglich ist. Tübingen ist ein so attraktiver Standort, dass keine Ausfälle befürchtet werden müssen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 v.H. führt zu Mehrerträgen in Höhe von 1,282 Mio. Euro.</p>	Erhöhung Gewerbesteuer um 2.500.0000 Euro: mehrheitlich zugestimmt	2.500.000,00	
19	204	THH_2	6110	17	-89.973.550		-350.000							<p>SPD: -350.000 Euro. Gewerbesteuerumlage Erhöhung.</p>	S. Lfd. Nr. 18: Erhöhung Gewerbesteuerumlage um 224.360 Euro. Ergänzender Hinweis Verwaltung: davon 118.090 Euro bereits im HH-Entwurf	-	106.270,00
20	219	32	1220	5	310.560	Betrag nicht beziffert								<p>AL/Grüne: Die Sondernutzungsflächen der Außenbewirtschaftung der Gastronomie sollen flächentechnisch nicht wieder auf den Stand vor der Pandemie gemindert werden, sondern die genutzten Bereiche aus den Jahren 2020, 2021 und 2022 sollen beibehalten werden dürfen. Außerdem wird beantragt, dass die Gebühren für diese Bereiche im Jahr 2023 entfallen. Der Antrag dient vor allem der Erhaltung der Aufenthaltsqualität der Stadt Tübingen. Die letzten drei Sommer zeigten, dass wir hier einen großen Bedarf haben, dieser von Menschen auch genutzt wird. Regelmäßige Vereinbarungen hierzu sollen im Zuge der Überarbeitung des Altstadtrahmenplans ausgearbeitet werden.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Der Betrag für Gebühren der Außengastronomie (hergeleitet aus den Einnahmen der Gebühren aus dem Jahr 2019) beträgt mehr als 70.000 Euro. Nicht berücksichtigt sind hier die gaststättenähnlichen Betriebe, sondern eben nur die Straßencafés mit Konzession.</p>	mehrheitlich zugestimmt	-	70.000,00
21	224	33	1222	12	-2.390.419								Betrag nicht beziffert	<p>Integrationsrat: +5,0 AK. Seit Jahren schafft es die Ausländerbehörde nicht die Fälle ihrer Klient_innen abzuarbeiten. Teilweise müssen Klient_innen bis zu einem Jahr warten, bis Ihre Anträge abgearbeitet werden. Allein einen Termin zu erhalten kann bis zu 3 Monaten oder länger dauern. Das bringt teilweise die Betroffenen in finanzielle Notsituationen, da sie keine Anträge wie z.B. auf Kindergeld etc. stellen können, ihnen droht ein Jobverlust, weil Arbeitserlaubnisse nicht rechtzeitig vorgelegt werden können oder dass sie ihre Wohnungen verlieren, weil sie ihren Vermieter_innen keinen Aufenthaltsnachweis liefern können. Abgesehen davon ist es so, dass die Ausländerbehörde hier ihrer regulären Verpflichtung als Amt bei den aktuellen Gegebenheiten nicht nachkommen kann. Dies ist ein frustrierender Zustand und erhöhter Verwaltungsaufwand für alle Betroffenen, aber auch für andere Ämter, Vermieter_innen und auch Arbeitgeber_innen. Um einen reibungslosen und in vernünftiger Zeit arbeitende Ausländerbehörde gewährleisten zu können, ist eine Aufstockung um mindestens 5 Arbeitsplätze nötig.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Schaffung von 5 Stellen in der Ausländerbehörde ist aus Sicht der Verwaltung schwierig, da die Personen auf dem Arbeitsmarkt nur schwer bis gar nicht gefunden werden und folglich die Fluktuation in diesem Bereich (damit auch der erhebliche Aufwand für die Einarbeitung) weiter ansteigt. Darüber hinaus sind die Arbeitsplätze für diese Anzahl an Personen nicht vorhanden. Für 5 Stellen in E9a würden Kosten in Höhe von ca. 300.000 Euro jährlich anfallen. Für 2023 somit ca. 150.000 Euro. Im laufenden Organisationsentwicklungsprozess scheint sich der Bedarf für eine Stelle im gehobenen Dienst für die Sachbearbeitung schwieriger Einzelfälle jedoch zu verfestigen. Diese Stelle würde ca. 75.000 Euro jährlich Kosten. Für 2023 somit ca. 37.500 Euro.</p>	+1,0 AK in der Ausländerbehörde ab 01.07.2023 E 9a: mehrheitlich zugestimmt ergänzender Hinweis Verwaltung: über 2. Änderungsliste +1,0 AK (ab 01.07.2023) im geh. Dienst für schwierige Einzelfallbearbeitung	-	29.080,00
22	252	40	2610	17	-3.050.000		+0			+0				<p>SPD: Zimmertheater: Umwandlung des Sonderzuschusses von 400.000 Euro in einen Regelzuschuss (Tarifsteigerungen sind dauerhaft abzubilden).</p> <p>Linke: Zimmertheater: statt des vorgesehenen Sonderzuschusses von 400.000 Euro den Regelzuschuss um diesen Betrag erhöhen. Das Zimmertheater benötigt den vorgesehenen Zuschuss dauerhaft.</p>	Einstellung als Regelzuschuss in die Finanzplanung: mehrheitlich zugestimmt	-	
23	258	40	2710	17	-430.320		-80.000	-80.000						<p>SPD: -80.000 Euro. Volkshochschule: Erhöhung der Kursleiterhonorare und Kompensation erhöhter Energiekosten.</p> <p>Tübinger Liste: -80.000 Euro. Volkshochschule Tübingen e.V.: Unterstützung bei der Konsolidierung nach 3 schweren Corona-Jahren.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Rücklagen der vhs betragen laut Prüfbericht des FB Revision rund 1,2 Mio.</p>	mehrheitlich zugestimmt	-	60.000,00

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16				
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung		
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2						
24	259	41	2720	14	-348.410									-10.000	<p>Integrationsrat: -10.000 Euro. Hiermit wird eine Stärkung des bestehenden Vorleseangebotes durch mehr Lesungen in Herkunftssprachen im öffentlichen Raum mit 10.000 Euro beantragt. Das Lese-Haus Angebot der Stadtbücherei gibt es seit 2008. Seit über 15 Jahren lesen Ehrenamtliche mit dem Ziel, Kindern in ihren jungen Jahren Spaß am Lesen zu haben. Allerdings findet das Angebot bisher in Deutsch und weniger Angebote in Türkisch, obwohl die Kinder dieser Stadt auch andere Herkunftssprachen haben und auch diese sollten gefördert werden. Das Angebot des Lese-Hauses findet mittlerweile regelmäßig in Kindertagesstätten, Grundschulen und der Stadtbücherei statt. In der Stadtbücherei gibt es schon vorliegend Bücher für Erwachsene in den folgenden Sprachen neben Deutsch: Englisch, Französisch, Arabisch, Griechisch, Italienisch, Persisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, und Türkisch und diese sollen ergänzt werden mit Büchern in diesen Sprachen und anderen für Kinder und Jugendliche. Mit diesem Antrag sollen gezielt Ehrenamtliche mit unterschiedlichen Herkunftssprachen und Schulen gewonnen werden für das Lesen im öffentlichen Raum. Hierzu sollen die Bücher angeschafft werden zum Ausüben dieses Ziels. Die Fortbildungen für die weitere ehrenamtliche Lesemotor_innen sind unabhängig von diesem Antrag von der Stadt zu tragen.</p> <p>Wissenschaftlich bewiesen ist, dass Kinder, die ihre Herkunftssprache beherrschen, besser einer Zweitsprache (z.B. Deutsch) mächtig werden. Dieser Antrag ist besonders akut für zugewanderte Kinder und Jugendliche unabhängig von Fluchterfahrung.</p>	Vorleseangebot: mehrheitlich zugestimmt	-	10.000,00
25	262	40	2810	14	-339.240		-20.000 -10.000				-50.000				<p>SPD: -20.000 Euro. Entwicklung einer Kinokonzeption nach Aufgabe des Kinos Blaue Brücke und wegen Gefährdung Fortbestand Kino Arsenal.</p> <p>-10.000 Euro. Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Liste der Tübinger Ehrenbürger_innen.</p> <p>Fraktion: -50.000 Euro. Gutachten Ehrenbürger_innen. Wie bereits für problematische Straßennamen beantragt und erfolgt, werden die Tübinger Ehrenbürger_innen einer gleichartigen Prüfung durch eine qualifizierte Kommission unterzogen. Diese untersucht, inwiefern bisherige Ehrenbürger_innen in Hinblick auf diskriminierendes, menschenfeindliches und demokratiefeindliches Gedankengut vorbelastet sind.</p>	<p>Kinokonzeption: mehrheitlich abgelehnt</p> <p>Kommission Ehrenbürger_innen: Bereitstellung von 10.000 Euro; mehrheitlich zugestimmt</p>	-	10.000,00
26	262	40	2810	17	-2.415.890	-300 -3.000 -3.000	-8.000		-50.000						<p>AL/Grüne: -300 Euro. Querfeldein: Heranführung an zeitgenössische Literatur geschieht durch Veranstaltungen im Cafe Haag. Form: Es werden zeitgenössische junge Autor_innen eingeladen. In locker moderierter Form stellen die Leute des Vorstands Fragen zu den Büchern - vor allem Neuerscheinungen. Nach dem moderierten Teil haben die Besucher_innen die Chance, mit dem Autor_innen bei einem Glas Bier ins Gespräch zu kommen. Der Verein ist dabei, Gelder von anderen Akteuren, wie Stiftungen, einzutreiben, z.B. für Fahrtgeld der Autor_innen. Die Werbung geschieht über digitale Kanäle und den Flyer von Cafe Haag. Passt zur Literaturstadt Tübingen. Bezuschussung mit 300 Euro für 2023 für die Neuausrichtung des Vereins.</p> <p>-3.000 Euro. Initiative Haagasse 35: Wir befürworten den Erstantrag mit folgender Begründung: Das Theater startete in Zeiten der Pandemie. Es ist eine erfolgreiche internationale Initiative, die sich an der Schnittstelle verschiedener Kulturen und künstlerischer Sparten verortet. Sie wollen Kommunikationsmöglichkeiten und Interaktionsmöglichkeiten schaffen, die auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen Bezug nehmen. Das ist auch ein Beitrag zu kultureller Bildung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Ebenso wird Kindertheater interaktiv seinen Platz haben. Die Initiative ist gut vernetzt und bietet auch anderen unabhängigen Theaterschaffenden Probe- und Aufführungsräume. Es sind eher bescheidene Räume, umso beeindruckender ist das Engagement der Initiative.</p> <p>-3.000 Euro. Ract!festival: Das Festival ist eine Plattform der Diskussion und Information zu aktuellen politischen Themen. Gut gemischt mit Kultur und Spaß.</p> <p>SPD: -8.000 Euro. Kunsthalle: Verstetigung eines erfolgreichen Projektes: Kunstvermittlung an Kinder.</p> <p>CDU: -50.000 Euro. Das d.a.i. leistet sehr überzeugende Kultur- und Bildungsarbeit für eine große Zahl Tübinger Bürgerinnen und Bürger, gerade auch für Jugendliche, um den kulturellen Austausch mit den Vereinigten Staaten zu verbessern. Die Pflege der transatlantischen Beziehungen hat in Zeiten vielschichtiger, politischer Krisen eine besondere Bedeutung. Diese Bildungsarbeit soll auch Menschen mit Fluchterfahrung aus der Ukraine erreichen. Wir beantragen diese zusätzliche, finanzielle Unterstützung, um die geplanten Projekte auch angesichts der bekannten Kostensteigerungen umsetzen zu können.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Der vom d.a.i. beantragte zusätzliche Zuschuss ist bereits im Haushalt veranschlagt. Zuschussentwicklung d.a.i.: 103.160 Euro (2019); 105.152 Euro (2021), 109.136 Euro zuzüglich einmaligem Corona-Zuschuss von 45.000 Euro (2022), 160.000 Euro veranschlagt 2023.</p>	<p>Querfeldein: hinfällig (aus Projektmittel)</p> <p>Haaggasse: hinfällig (aus Projektmittel)</p> <p>Ract!festival: zurück genommen</p> <p>Kunsthalle: Bereitstellung 8.000 Euro; mehrheitlich zugestimmt</p> <p>d.a.i.: zurück genommen</p>	-	8.000,00
27	271	54	2110	12	-8.648.530	-40.000				-25.000					<p>AL/Grüne: -40.000 Euro, +0,5 AK. Schulsekretariat: Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Springerstelle mit dem Umfang von zusätzlichen 0,5 AK. Begründung: zur Sicherstellung einer Vertretungsreserve und zum Einsatz in kleinen Grundschulen.</p> <p>Linke: -25.000 Euro, +0,5 AK. Schulsekretariat Springerstellen: Dringender Bedarf: bei Ausfällen sind derzeit keine Vertretungen vorhanden (s. Schreiben Hans-Küng-Gemeinschaftsschule).</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E6 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 12.710 Euro. Jährliche Folgekosten somit 25.420 Euro.</p>	mehrheitlich zugestimmt	-	12.710,00
28	271	54	2110	5	1.336.500						-1.169.500				<p>Fraktion: -1.169.500 Euro. Kostenloses Schulesse in schulischen Mensen. Das Essen in den Tübinger Mensen soll für Schüler_innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.</p>	Kostenloses Schulesse: mehrheitlich abgelehnt	-	
29	271	54	2110	14	-4.580.500			-82.000			-100.000				<p>Tübinger Liste: -82.000 Euro. Erhöhung der Schulbudgets um 10 Euro/Schüler zum Ausgleich der Inflation und wegen Aufholbedarfs nach Corona.</p> <p>Fraktion: -100.000 Euro. Vergünstigung der Mensapreise. Die Preise der schulischen Mensen werden auf ein Niveau gesenkt, dass sie billiger sind als die, die momentan im BRICKS verlangt werden.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Eine Absenkung der Preise auf das Niveau des Bricks hat demnach Mindereinnahmen von ca. 320.000 Euro zur Folge.</p>	<p>Erhöhung Schulbudget: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Vergünstigung der Mensapreise: mehrheitlich abgelehnt</p>	-	82.000,00

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
30						-45.000				-28.000			-28.000	AL/Grüne: -45.000 Euro, +0,5 AK, Stelle Kinderbeauftragte_r: Das Übereinkommen der Kinderrechte basiert auf vier Grundprinzipien: Dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Leben und persönliche Entwicklung, dem Beteiligungsrecht und dem Kindeswohlvorrang. Zwar haben wir die Fachabteilung für Jugend und auch die Familienbeauftragte bezieht über die Eltern Kinder mit ein, aber es gibt keine direkte Beteiligung der Kinder. Kinderbeauftragte vertreten die Interessen von Kindern. Sie planen, koordinieren und kontrollieren städtische Aktivitäten zur Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bzw. passen auf, dass die Stadt kinderfreundlich bleibt. Sie geben aber auch Impulse für einen kinder- und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort oder stellen Bedürfnisanalysen von Kindern und Familien in der jeweiligen Stadt auf. Städtische Gremien werden in Kinderangelegenheiten beraten. Mit Verbänden und Institutionen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, wird zusammengearbeitet. Hinzu kommen aus unserer Perspektive mittlerweile auch viele Studien zur Situation von Kindern nach oder mit der Pandemie, weil Fürsorge, Aufmerksamkeit und Sicherheit für Kinder gelitten haben. "Selbst als die Welt noch in Ordnung zu sein schien, war jedes fünfte Kind arm oder armutsgefährdet. Jedes zehnte erkrankte psychisch." (Bericht "Die ZEIT" vom 29.12.2022). Außerdem kommt aktuell der Missstand in der Kinderbetreuung dazu. In allen Debatten, die wir führten, fehlte die Stimme der Kinder komplett. Eltern haben für ihre Kinder gesprochen und Eltern haben über deren Sozialräume bestimmt. Eine solche Stelle bietet Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern. Kinder, auch Erwachsene können sich bei Problemen an sie wenden. Erwachsene erhalten auch Informationen, wie sie sich aktiv für mehr Kinderfreundlichkeit einsetzen können. Kinder werden beraten und anwaltschaftlich unterstützt. Linke: -28.000 Euro, +0,5 AK, Ansprechperson für Jugendbeteiligung. Die Interessen junger Menschen sollen bei Projekten besser eingebracht werden können. Weitere Begründung siehe Antrag JGR. Jugendgemeinderat: -28.000 Euro, +0,5 AK, Für Kinder- und Jugendbeteiligung <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 16.120 Euro (0,5 AK). Jährliche Folgekosten somit 32.240 Euro. Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 18.100 Euro (0,5 AK). Jährliche Folgekosten somit 36.200 Euro. Vorbehaltlich einer entsprechenden Bewertung.	mehrheitlich abgelehnt		
31	297	52	3620	12	-2.431.947					-25.000			-25.000	Linke: -25.000 Euro, +0,5 AK, Jugendcafé Bricks: FAB Jugendarbeit erhält eine zusätzliche 50% Sozialpädagogenstelle. Personelle Bedarfsanpassung, siehe Antrag JGR. JGR: -25.000 Euro, +0,5 AK, Für Jugendarbeit. Die FAB Jugendarbeit erhält eine zusätzliche halbe Sozialpädagogenstelle für das Jugendcafé Bricks, damit das Angebot ausgebaut werden kann. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stellen in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 36.240 Euro (1,0 AK). Jährliche Folgekosten somit 72.480 Euro.	mehrheitlich zugestimmt: für zusätzliche sozialpädagogische Betreuung	-	18.120,00
32										-15.000				Linke: -15.000 Euro, +0,25 AK, Jugendhaus Lustnau: Lustnau als größter Stadtteil hat viele Kinder und daher höheren Bedarf. Wenn die aus der Weststadt ausgeliehene 75%-Kraft zurückgeht, braucht es eine neue Stelle in gleichem Umfang. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 8.060 Euro (0,25 AK). Jährliche Folgekosten somit 16.120 Euro.	mehrheitlich zugestimmt	-	8.060,00
33							Betrag nicht beziffert						-14.000	SPD: +0,25 AK, Betreuung JGR: Erhöhung des Stellenanteils für die Betreuung des Jugendgemeinderats. JGR: -14.000 Euro, +0,25 AK, Erhöhung Stellenanteil Koordination Jugendgemeinderat. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 8.060 Euro (0,25 AK). Jährliche Folgekosten somit 16.120 Euro. Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 9.050 Euro (0,25 AK). Jährliche Folgekosten somit 18.100 Euro (s. Zeile 30).	mehrheitlich zugestimmt	-	8.060,00
34							-20.000							SPD: -20.000 Euro, +0,5 AK, LudoMobil (0,5 Stelle ab 09/2023) <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.09.2023 wären 10.750 Euro (0,5 AK). Jährliche Folgekosten somit 21.500 Euro.	mehrheitlich zugestimmt mit Sperrvermerk nach Bericht/Nachfrage im KuBis	-	10.750,00

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16				
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung		
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2						
35	297	54	3620	17	-1.062.320	-35.000	Betrag nicht beziffert	-83.400	Betrag nicht beziffert	-30.000 -0				-60.000	<p>AL/Grüne: -35.000 Euro, +0,4 AK. Schulsozialarbeit Grundschule: Antrag auf Anpassung der Stellen in den Teilorten an die der Kernstadt mit einem Umfang von zusätzlichen 0,4 AK. Begründung: Ähnliche gelagerte Probleme in den Teilorten/Randgebieten bedürfen vergleichbarer Maßnahmen.</p> <p>SPD: +1,5 AK. Schulsozialarbeit: Fortführung der Stellen aus "Aufholen nach Corona"-Programm an Schulen mit erhöhtem Bedarf (sozialindexbasierte Zuteilung). In jedem Falle wird hieraus der Stellenanteil in Hirschau bei 0,5 beibehalten.</p> <p>Tübinger Liste: -83.400 Euro, +1,3 AK. Schulsozialarbeit wegen dringenden Bedarfs an allen Grundschulen. Folgen von Corona und zunehmende Problemlagen. Erhöhung des Stellenschlüssels an allen Tübinger Grundschulstandorten auf 1:275.</p> <p>+0,09 AK. Zusätzliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels Schulsozialarbeit an der Grundschule Hirschau auf 1:225. Erhalt der 0,5 Stelle, aufgrund der schwierigen sozialen Situation dort. Begründung s. Antrag des Ortschaftsrats Hirschau. Klärung bisher offen, ob weitere Teilorte in gleicher Weise betroffen sind und Antrag auf diese analog auszudehnen ist.</p> <p>CDU: +0,5 AK. Schulsozialarbeit Umland-Grundschule: Wir beantragen die Aufstockung der Personalmittel für die Schulsozialarbeit an der Umland-Grundschule im Sinne des vom Ortschaftsrat gestellten Antrags. Die Ortschaft sieht dauerhaft den erhöhten Bedarf für eine präventiv tätige Schulsozialarbeit, um die begonnenen Projekte zur Betreuung aller Schülerinnen und Schüler und zur besseren Integration von Kindern aus Familien mit Flucht- und Migrationserfahrung sowie zur Gewaltprävention fortsetzen zu können.</p> <p>Linke: -30.000 Euro. Schulsozialarbeit: Dringender Bedarf. Die Schulsozialarbeit kann ihre Aufgaben mit dem derzeitigen Stellenumfang kaum erfüllen.</p> <p>-0 Euro. Die aufgestockten Stellen an den Schulen sind nicht mehr wegzudenken, siehe Schreiben des Gesamtelternbeirats.</p> <p>FDP: -60.000 Euro. Schulsozialarbeit Teilortschulen-Grundschulen: Jugendsozialarbeit, Situation nach Corona, Beibehaltung der Corona-Standards an den Teilort-Grundschulen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: 1,0 AK Schulsozialarbeit: 19.000 Euro/Jahr 2023 (ab 01.07. gerechnet), ab 2024: 38.000 Euro. Die Beträge sind "netto" zu verstehen, d.h. nach Abzug der Zuschüsse. Schulsozialarbeit in Hirschau: 0,3 AK sind bereits vorhanden, daher wäre eine Erweiterung um 0,2 AK statt 0,5 AK notwendig. Bei Aufstockung der Schulsozialarbeit in den Teilorten, handelt es sich um Zuschüsse an die freien Träger und findet keine Berücksichtigung im Stellenplan</p>	<p>30.000 Euro als Transferaufwendungen als Zuschuss an die freien Träger für 1,5 AK: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Zuteilung nach Bedarf (sozialindexbasierte Zuteilung), Konzentration auf die Teilorte</p>	-	30.000,00
36	297	52	3620	14	-186.730						-15.000			<p>Fraktion: -15.000 Euro. Aufwendungen für die Errichtung von legalen Graffitiwände. In der Stadt Tübingen sind derzeit vier legale Graffitiwände vorhanden. Leider beklagen sich viele Künstler_innen, dass diese Flächen nicht ausreichend sind.</p>	<p>Errichtung legale Graffitiwände: mehrheitlich zugestimmt.</p>		-15.000	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
37	297	52	3620	17	-1.062.320	-45.000	-45.000 -12.000 -22.292	-45.000 -22.292	-45.000	-45.000 -22.292			-45.000	<p>AL/Grüne: -45.000 Euro. KIT Jugendhilfe / LernOrt Berghof: Das gesamte Angebot ist ganz in unserem Sinne unseres Verständnisses von Klimaschutz, Artenerhalt und gesunder Ernährung. Kinder lernen den Anbau von Feldfrüchten, Obstbäumen und Gemüse kennen und ebenso eine artgerechte Tierhaltung. Es ist nicht nur ein Kennenlernen, sondern sie werden interaktiv beteiligt. Damit verbunden, ist die Wertschätzung von Landwirtschaft und Artenvielfalt. Die Motivation zur Selbstversorgung durch Gartenanbau wird gestärkt. Es kommen viele Kinder aus Lustnau, aber auch aus der Kernstadt. Für migrantische Familien ist das Angebot der Aktivitäten besonders wichtig, sie wohnen oft in kleineren Wohnungen mit wenig Außenflächen und wenig Anregungen in der Umgebung. Für die Schulen vor Ort ist der Berghof ebenso ein Ort der Exkursion und des geplanten Mitmachens.</p> <p>SPD: -45.000 Euro. LernOrt Berghof.</p> <p>-12.000 Euro. Kinder- und Jugendfarm.</p> <p>-22.292 Euro. Zuschuss mobile Jugendarbeit in der Innenstadt.</p> <p>Tübinger Liste: -45.000 Euro. KIT Jugendhilfe, LernOrt Berghof: Konsolidierung des Projekts und Erweiterung der Kapazitäten, steigender Bedarf.</p> <p>-22.292 Euro mit Sperrvermerk. Zuschuss mobile Jugendarbeit in der Innenstadt. Bitte um ausführliche, zeitnahe Berichterstattung im KUBIS</p> <p>CDU: -45.000 Euro. Wir beantragen diese Erhöhung der städtischen Förderung für den LernOrt Bauernhof auf dem Berghof in Tübingen-Lustnau, um die dort angebotene, sozialpädagogisch wertvolle Bildungsarbeit im Sinne der Vermittlung eines nachhaltigen Lebensstils an Kinder und Jugendliche umfassend zu gewährleisten.</p> <p>Linke: -45.000 Euro. Zusätzlicher Zuschuss für LernOrt Berghof. Das erfolgreiche Angebot für Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen muss unbedingt finanziell gesichert werden.</p> <p>-22.292 Euro. Mobile Jugendarbeit: Nach Auslaufen des Corona-Aufholpakets wird der Stellenumfang auf 1,5 Stellen gekürzt. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Beratung stark gestiegen, so dass das Personal den Bedarf nicht mehr decken könnte. (siehe Schreiben des Netzwerks "Hilfe zur Selbsthilfe").</p> <p>Jugendgemeinderat: -45.000 Euro. LernOrt Berghof, Erhöhung Regelförderung.</p>	<p>LernOrt Berghof: Bereitstellung von 45.000 Euro mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Kinder- und Jugendfarm: 12.000 Euro mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Zuschuss Mobile Jugendarbeit: Bereitstellung von 22.300 Euro mit Sperrvermerk (Bericht und Aufhebung im KuBis) mehrheitlich zugestimmt (Betrag aufgerundet)</p>	-	79.300,00
38	301 ff	mehrere		12			-143.000							<p>SPD: -143.000 Euro. Erhöhung des FSJ-Taschengelds auf 500 Euro pro Person ab September 2023 für höhere Attraktivität der Tätigkeit von FSJs und Bufdis bei der Stadt, insbesondere im Bereich Kitas und Schulkindbetreuung.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>Die Erhöhung von 350 Euro auf 425 Euro (1. Schritt) kostet ab 09/2023 rd. 73.000 Euro, eine Erhöhung direkt auf 500 Euro demnach rd. 146.000 Euro.</p> <p>Nach dem Beschrieb in den Bemerkungen ist der Mehrbedarf 73.000 Euro, da über die neuen Aufgaben bereits 73.000 Euro eingestellt sind.</p>	<p>Es werden zusätzlich 73.000 Euro zur Verfügung gestellt: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>ergänzender Hinweis</p> <p>Verwaltung: Betrag aufgeteilt Personal- und Transferaufwendungen</p>	-	73.000,00
39	301	53	3650	12	-33.715.367	-35.000	Betrag nicht beziffert			Betrag nicht beziffert				<p>AL/Grüne: -35.000 Euro. 2 PIA-Stellen. Jeweils 17.400 Euro in Teilzeit, wenn noch möglich.</p> <p>SPD: +1,0 AK. Bereichsleitung Fachdienste Kinderhäuser. Fachliche Anleitung und Unterstützung der Teams in der gegenwärtigen kritischen Situation. Reduzierung der zu betreuenden Kitas pro Bereichsleitung.</p> <p>+1,0 AK. Organisation und Koordination von Maßnahmen zur Weiterbildung in den Kitas durch Dritte nach Ende der Betreuungszeit. Umsetzung des Teilprojekts zur Kompensation des Fachkräftemangels und zur Verbesserung der Betreuungssituation; Eltern oder Vereine allein sind damit überfordert.</p> <p>Linke: Um die Personalsituation in Kitas zu verbessern, muss die Ausbildungskapazität ausgeweitet werden. Ein Schritt dahin ist, den Auszubildenden mehr Zeit für die Anleitung zu geben.</p> <p>Hinweis der Verwaltung:</p> <p>PIA-Stellen: Hochgerechnet ab 01.09.2023 mit 11.600 Euro. Jährliche Folgekosten somit 34.800 Euro.</p> <p>Bereichsleitung: ca. 38.250 Euro in 2023, ab 2024 ca. 76.500 Euro/Jahr,</p> <p>Organisation / Koordination: ca. 30.000 Euro in 2023, ab 2024 ca. 60.000 Euro/Jahr</p>	<p>PIA-Stellen: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Bereichsleitung Fachdienste: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Ausweitung Ausbildungskapazität: hinfällig durch Antrag der SPD (+1,0 AK Bereichsleitung)</p> <p>Organisation und Koordination wurde umgewidmet: zusätzlich Sachmittel für Aqise in Höhe von 40.000 Euro mit Sperrvermerk im KUBIS nach Bericht/Vorschlag im KUBIS wie diese Mittel eingesetzt werden können</p>	-	49.850,00
				14	-2.066.340											<p>Organisation und Koordination wurde umgewidmet: zusätzlich Sachmittel für Aqise in Höhe von 40.000 Euro mit Sperrvermerk im KUBIS nach Bericht/Vorschlag im KUBIS wie diese Mittel eingesetzt werden können</p>	-

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
40	301	53	3650	14	-2.066.340	-100.000								-25.000	AL/Grüne: <u>-100.000 Euro</u> , Antrag Supervision, Fort- und Weiterbildung: Antrag auf bedarfsorientierte Bereitstellung von kontinuierlicher Supervision und Teambesuch für die Teams der Kinderhäuser mit einem Umfang von 100.000 Euro. Begründung: Als wichtige Personalbindungsmaßnahme sollen die Teams damit konkret und individuell vor Ort ihren Bedarfen entsprechend dabei unterstützt werden, sowohl die Herausforderungen der vergangenen Monate, bzw. Jahre wie auch die durch die Anpassung der Öffnungszeiten wohl neu hinzukommenden zu bewältigen. Integrationsrat: -25.000 Euro , Hiermit werden niederschwellige Fortbildungsangebote in einem Pilotangebot für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen im Bereich Antirassismus und Antidiskriminierung mit 25.000 Euro beantragt. Kurze Erklärung zum Begriff "Pilotprojekt" in diesem Kontext: Eingebunden werden sollen zunächst für 2023: - 5 städtische Einrichtungen der Kinderbetreuung - 2 Grundschulen (Schulsozialarbeit der Stadt) - 2 weiterführende Schulen (Schulsozialarbeit der Stadt) In einer Kurzstudie des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitorings (Bostanci, Berman, Neuhauser, Biel) gingen drei Hauptergebnisse vor: 1) junge Menschen machen bereits in Kitas Rassismus-Erfahrungen, 2) in Form von Wissensbeständen zeigt sich institutioneller Rassismus auf und 3) rassistische Vorfälle werden heruntergespielt und diskriminierungskritisches Engagement von Eltern werden teilweise aktiv unterbunden. Laut der Analyse und Leitfadens der Antidiskriminierungsstelle des Bundes werden in Grundschulen diskriminierende Entscheidungspraktiken festgestellt im Form von rassistischen Zuschreibungen bei Leistungseinschätzung und -erwartungen. Rassismus-Erfahrungen werden z.T. durch stereotype Darstellungen in Büchern (und weiterem Lernmaterial ohne Aufklärung), Spiele und Spielmaterial gemacht. Als erste Orte der formellen Bildung und Sozialisation sind die Erfahrungen, die Kinder an diesen Orten machen, prägend. Diese Erkenntnisse sind nicht neu und somit werden von unterschiedlichen Organisationen Fortbildungsangebote für Fachkräfte angeboten. Es wäre ein wichtiges Zeichen für die Demokratie solche Türen für frühjährige systematische Diskriminierungserfahrungen entgegenzuwirken und zu schließen. Mit diesem Antrag soll eben ein Pilotprojekt 2023 mit einer Auswahl von mindestens 5 Kitas, 2 Grundschulen und 2 Weiterführende Schulen (1 GMS, 1 Gymnasium) gestartet, in dem eine erste Bilanz gezogen werden soll und geplant für weitere Jahre. Antrag Supervision: mehrheitlich zugestimmt aber Reduzierung auf 50.000 Euro Pilotprojekt Fortbildungsangebote: 25.000 Euro mehrheitlich zugestimmt	-	75.000,00
41	301	53	3650	17	-23.299.383	-50.000 -200.000									AL/Grüne: <u>-50.000 Euro</u> , Antrag auf Erhöhung der hauswirtschaftlichen Stellenanteile in den Einrichtungen kleinerer freier Träger mit einem Umfang von 50.000 Euro. Begründung: Wie in den städtischen Einrichtungen muss auch das Fachpersonal der kleinen freien Träger bedarfsgerecht von hauswirtschaftlichen Arbeiten entlastet werden. Dies gilt solange in Tübinger Einrichtungen der Fachkräftemangel vorherrscht. <u>-200.000 Euro</u> , Für Fördervereine von Kitas, um Betreuung nachmittags zu organisieren und zu bezahlen. Hinweis der Verwaltung: Grüne/AL -50.000 Euro: Aus Verwaltungssicht gibt es keinen Bedarf. Über die neuen Aufgaben (Vorlage 803/2022) wurden 500.000 Euro für die Aufstockung der hauswirtschaftlichen Kräfte bei freien Trägern bereits von der Verwaltung angemeldet. hinfällig nach Hinweis der Verwaltung		
42	329	501	1114-50	12	-399.001		Betrag nicht beziffert								SPD: <u>±0,5 AK</u> , Umsetzung des Aktionsplan "Tübingen inklusiv und barrierefrei 2022" - konkrete Maßnahmen. <u>±0,1 AK</u> , Aufstockung Stellenanteil Inklusionsbeauftragter. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle Aktionsplan in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 18.100 Euro. Jährliche Folgekosten somit 36.200 Euro. Annahme Stelle Inklusionsbeauftragter in E13 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 4.100 Euro. Jährliche Folgekosten somit 8.200 Euro. Umsetzung des Aktionsplan: mehrheitlich zugestimmt Inklusionsbeauftragter: mehrheitlich zugestimmt	-	22.200,00
43	329	501	1114-50	14	-280.920		-50.000								SPD: <u>-50.000 Euro</u> , Fortführung der weiterhin erforderlichen Kampagne für Sozial- und Erziehungsberufe, vgl. Begleitantrag SPD zum Haushaltsplan 2022. Hinweis der Verwaltung: Der Betrag ist bereits in der Änderungsliste (Vorlage 807/2022) enthalten. hinfällig nach Hinweis der Verwaltung		
44	333	502	3140	14	-5.789.810	-40.000									AL/Grüne: <u>-40.000 Euro</u> , Herrichten von Wohnungen für Bedürftige. Die Universitätsstadt Tübingen hat in den vergangenen 12 Monaten Wohnungen zur Unterbringung von Menschen aus der Ukraine angemietet. Darunter waren viele Wohnungen, die dem Wohnungsmarkt sonst nicht zur Verfügung gestanden hätten (z.B. kleine Einliegerwohnungen oder Gebäude von Erbgemeinschaften). Künftig sollen auch andere Wohnungssuchende von diesem Wohnraum profitieren. Die Verwaltung soll weiter Wohnraum, der andernfalls nicht zur Verfügung stünde, anmieten und an bedürftige Menschen weitergeben. Für eventuelle Mietausfälle oder kleinere Renovierungen soll ein Budget von 40.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Antrag zurückgenommen		
45	336	501	3180	12	-529.450		Betrag nicht beziffert								SPD: <u>±0,5 AK</u> , Bearbeitung BonusCard-Vergünstigungen Erwachsene und Bearbeitung Härtefallfonds Energiepreissteigerungen. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E10 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 17.500 Euro. Jährliche Folgekosten somit 35.000 Euro. mehrheitlich abgelehnt		
46	336	501	3180	17	-628.801		-48.000								SPD: <u>-48.000 Euro</u> , Erhöhter Zuschussbedarf nach Ausweitung der BonusCard-Berechtigten (Erwachsene). mehrheitlich abgelehnt		

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
47	362	021	522001	12	-162.872			+17.150						Tübinger Liste: +17.150 Euro, -0,3 AK, Anlage zur Vorlage 803, lfd. Nr. 120/121: Art und Weise des vorgesehenen Mietmarkt-Monitorings überschreitet den städtischen Aufgabenbereich, Wirksamkeit ist zudem nicht erkennbar. Interventionsmöglichkeiten de facto nicht gegeben.	mehrheitlich abgelehnt		
48	362	021	522001	14	-328.400	-12.500		+40.000						AL/Grüne: -12.500 Euro. Gemeinwohlorientierter Eigentumswechsel bei Immobilien: Hauseigentümer, die verkaufen wollen und nicht auf den allerhöchsten Gewinn aus sind, sondern auch das Interesse ihrer Mieter, die weiter da wohnen wollen, im Sinn haben, sollen unterstützt werden. Damit sie eine sozialverträgliche Übergabe der Immobilie organisieren können (etwa unter dem Dach einer Genossenschaft), brauchen sie Ermutigung und Beratung. Es gibt dafür Vorbilder in München und Frankfurt a.M.. (In München und Frankfurt gibt es z.B. so genannte "gemeinwohlorientierte Immobilienagenturen". Diese Agenturen sind Anlaufstellen für sozialverträgliche und gemeinwohlorientierte Hausverkäufe. Sie bringt Eigentümer und Miethaushalte zusammen, wenn der Verkauf eines Mietshauses ansteht.) Das Geld kann mit Sperrvermerk versehen werden und wird frei, wenn ein Konzept für diese Beratung vorliegt, z.B. durch die Wohnbeauftragten. Tübinger Liste: +40.000 Euro, Anlage zur Vorlage 803, lfd. Nr. 120/121: Art und Weise des vorgesehenen Mietmarkt-Monitorings überschreitet den städtischen Aufgabenbereich, Wirksamkeit ist zudem nicht erkennbar. Interventionsmöglichkeiten de facto nicht gegeben. Entfall Fremdkosten für Marktüberwachung.	Gemeinwohlorientierter Eigentumswechsel: mehrheitlich zugestimmt mit Sperrvermerk: Vorstellung Konzept im PA Mietmarkt-Monitoring streichen: mehrheitlich abgelehnt	- 12.500,00	
49	373	71	5110-7	14	-2.095.480	-20.000								AL/Grüne: -20.000 Euro. Für Pop-Up Maßnahmen/für Materialien an geeigneten Plätzen (Vgl. Sitzflächen am Haagtor-Parkplatz). Hinweis der Verwaltung: 25.000 Euro sind bereits für Pop-Up Maßnahmen, sog. "Probierlerle" für die Altstadt etatisiert.	hinfällig nach Hinweis der Verwaltung		
50	373	71	5110-7	17	-91.300	-50.000	-50.000				+20.000			AL/Grüne: -50.000 Euro. Überdachung von Wegen mit Photovoltaik. Die Stadt Tübingen überdacht in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken (SWT) einen Fuß-Radweg mit durchsichtigen Solarmodulen nach Freiburger Vorbild. Dazu werden den SWT 50.000 Euro für die Anfinanzierung zur Verfügung gestellt und ein entsprechender Beschluss im Aufsichtsrat der SWT herbeigeführt. Der Solardachradweg in Freiburg dient als Test für eine modulare Errichtung ähnlicher Überdachungen an anderen Wegen. Damit können künftig Kosten reduziert werden. Überdachte Wege stehen nicht in Konkurrenz mit Agrarflächen. Der Grund und Boden ist i.d.R. in kommunaler Hand. Der zu erwartende Ertrag von 300 m Radweg wird in Freiburg bei ca. 280 000 kWh liegen und kann ca. 180 Personen im Jahr mit notwendiger elektrischer Energie versorgen. Die Überdachung ist für Fuß- und Radverkehr ein Zusatznutzen. Deshalb sind die Kosten vertretbar. Gestalterisch sind geeignete Wege (z.B. südliche Anbindung Radbrücke West nach Derendingen an der Bahn entlang zu finden.) SPD: -50.000 Euro. Wirtschaftsförderung für die Altstadt: Bezuschussung energetischer Sanierungen von Ladenlokalen und Fassaden bei Gewährleistung von Gewerbemieten, die für einen Zeitraum von mindestens vier Jahren die durchschnittliche Gewerbemiete im Geltungsbereich der Altstadtsatzung nicht übersteigen. 2023: Anlaufkosten Geplanter Ansatz in den folgenden Jahren: 200.000 Euro pro Jahr Fraktion: +20.000 Euro. Zuschüsse an Private zur Beseitigung an Gebäuden. Letztes Jahr wurde in dem Haushalt beschlossen, dass deutlich weniger Geld für die Reinigung von Graffiti in der Stadt ausgegeben werden soll, denn diese kostet die Stadt viele tausende von Euros Steuergelder. Die Reinigung ist dazu meist umweltschädlich. Nach der Reinigung stehen ein paar Stunden später natürlich schon wieder die neuen Graffiti. So wie immer. Die Stadt könnte stattdessen den dafür vorgesehenen fünf- bis sechsstelligen Betrag für die Reinigung von Graffiti für viel sinnvollere Aufgaben nutzen, statt einen sinnlosen Kampf zu führen. Graffiti gilt als ein zentrales Ausdrucksmittel und ist Teil des urbanen Lebensgefühls. Es ist zum Beispiel in Wien, Helsinki und Potsdam bereits als Kunst und Teil der Stadtkultur anerkannt. Gleichzeitig gibt es allerdings derzeit für Künstler_innen in Tübingen zu wenig Flächen, auf denen sie ihre Kunst darstellen können und die mangelnde Rechtssicherheit für Künstler_innen führt dazu, dass die Flächen nicht aufwendig gestaltet werden können. Indem wir Graffiti beseitigen, entscheiden wir uns für eine strenge himmlische Ordnung, für extreme Reinheit und für überholte ästhetische Ideale, an denen wir festhalten wollen, statt für eine lebendige, vielfältige, bunte und tolerante Stadt.	Überdachung Wege mit PV: mehrheitlich zugestimmt aber Reduzierung auf 30.000 Euro Wirtschaftsförderung Altstadt: mehrheitlich zugestimmt Zuschuss Graffiti streichen: mehrheitlich abgelehnt	- 80.000,00 €	

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
51	390	82	1124-8	12	-6.831.348					-20.000	Betrag nicht beziffert			<p>Linke: -20.000 Euro. Hausmeister Schulen: Gesamtstellenumfang moderat ausweiten. Dringender Bedarf in den Schulen, erweiterte Aufgaben durch Medien.</p> <p>Fraktion: +10 AK. Abbau der Kapazitäten externer Reinigungsfirmen bei gleichzeitiger Neueinstellung von städtischen Reinigungskräften. Laut dem letzten Stand von der Verwaltung im September 2021 waren ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter_innen von externen Firmen durchgeführt. Dieser Anteil sollte auf 60:40 zugunsten der Eigenreinigung erhöht werden. Das finden wir immer noch zu wenig:</p> <p>Die Mitarbeiter_innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum Leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert.</p> <p>Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger_innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdichtung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen.</p> <p>Wir stellen hiermit einen Antrag auf Erhöhung des Anteils der bei der Stadt Tübingen angestellten Reinigungskräfte.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle Hausmeister in E5 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 14.640 Euro. Jährliche Folgekosten somit 29.280 Euro. Annahme Stellen Reinigungskräfte in E2 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 210.980 Euro. Jährliche Folgekosten somit 421.960 Euro. Minderaufwendungen bei Sach- und Dienstleistung+Q60n nicht in gleicher Höhe (ca. 75 % der Personalaufwendungen).</p>	Hausmeister: mehrheitlich abgelehnt Reinigungskräfte: mehrheitlich abgelehnt		
				14	-17.780.280												
52	403	93	5360-9	12	-9.404		Betrag nicht beziffert							<p>SPD: +1,0 AK. Koordinator_in Glasfaserausbau: Vorbereitung und Durchführung eines Markterkundungsverfahrens für das gesamte Stadtgebiet. Siehe Vorlage 12/2023, Lösungsvariante 4.1 und 4.2.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 36.200 Euro. Jährliche Folgekosten somit 72.400 Euro.</p>	mehrheitlich zugestimmt mit Sperrvermerk Bericht im PA, wenn die vertagte Vorlage behandelt wird	- 36.200,00	
53	428	93	5450	14	-428.710						+20.400			<p>Fraktion: +20.400 Euro. Sachkosten für die Beseitigung an Straßen, Unterführungen etc. Ertrag durch Einstellung der Entfernung von Graffiti auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. Letztes Jahr wurde in dem Haushalt beschlossen, dass deutlich weniger Geld für die Reinigung von Graffiti in der Stadt ausgegeben werden soll, denn dies kostet die Stadt viele tausende von Euros Steuergelder. Die Reinigung ist dazu meist umweltschädlich. Nach der Reinigung stehen ein paar Stunden später natürlich schon wieder die neuen Graffiti. So wie immer. Die Stadt könnte stattdessen den dafür vorgesehenen fünf- bis sechsstelligen Betrag für die Reinigung von Graffiti für viel sinnvollere Aufgaben nutzen, statt einen sinnlosen Kampf zu führen. Graffiti gilt als ein zentrales Ausdrucksmittel und ist Teil des urbanen Lebensgefühls. Es ist zum Beispiel in Wien, Helsinki und Potsdam bereits als Kunst und Teil der Stadtkultur anerkannt. Gleichzeitig gibt es allerdings derzeit für Künstler_innen in Tübingen zu wenig Flächen, auf denen sie ihre Kunst darstellen können und die mangelnde Rechtssicherheit für Künstler_innen führt dazu, dass die Flächen nicht aufwendig gestaltet werden können. Indem wir Graffiti beseitigen, entscheiden wir uns für eine strenge himmlische Ordnung, für extreme Reinheit und für überholte ästhetische Ideale, an denen wir festhalten wollen, statt für eine lebendige, vielfältige, bunte und tolerante Stadt.</p>	mehrheitlich abgelehnt		
54	429	93	5460-9	5	3.500.000						+1.500.000			<p>Fraktion: +1.500.000 Euro. Die Parkierungsgebühren sollen um 43% erhöht werden, um alle Projekte im Bereich der Wohnpolitik, Kultur, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität, etc. abdecken zu können.</p>	mehrheitlich abgelehnt		

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16		
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgrupp e	Lfd. Nummer	It. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2				
55	431	93	5470-9	17	-3.889.640	-800.000 -171.000	-920.000			-5.000.000 -1.000.000	-2.500.000 -171.000 -360.000	Betrag nicht beziffert	-800.000	<p>AL/Grüne: -800.000 Euro mit Sperrvermerk, Bezuschussung des 49-Euro-Tickets, damit dieses für Tübinger Bürger_innen zum Preis von 29 Euro angeboten werden kann. Die Aufhebung des Sperrvermerks durch den VA soll dann stattfinden, wenn sichergestellt ist, dass negative Mitnahmeeffekte zu Lasten des städtischen Haushalts und zu Gunsten anderer Zuschussgeber (z.B. Land) nicht eintreten.</p> <p>-171.000 Euro, Bezuschussung des 49-Euro-Tickets für alle in Tübingen wohnenden Kreis-Bonus-Card Inhaber_innen auf das jetzige Angebot, d.h. auf 15 Euro.</p> <p>SPD: -920.000 Euro, Verkauf des Deutschlandtickets in Tübingen für 29 Euro (Aufwand ca. 800.000 Euro in 2023). Preis des Deutschlandtickets für BonusCard-Inhaber_innen = 15 Euro (Aufwand 120.000 Euro).</p> <p>Linke: -5.000.000 Euro, Rabattierung des Deutschlandtickets: Das Deutschlandticket soll für Menschen, die in Tübingen wohnen, 9 Euro statt 49 Euro kosten. Der Zuschuss an die TüBus GmbH wird entsprechend erhöht.</p> <p>-1.000.000 Euro, Alternativ, falls das 9-Euro-Ticket keine Mehrheit bei den HH-Gesprächen findet: Das Deutschlandticket soll für Menschen, die in Tübingen wohnen, 29 Euro statt 49 Euro kosten. Der Zuschuss an die TüBus GmbH wird entsprechend erhöht.</p> <p>Für Personen, die Anspruch auf ein Sozialticket haben, wird das Deutschlandticket auf den Preis des Sozialtickets (15 Euro) rabattiert. Um die gesetzten Klimaziele zu erreichen brauchen wir einen energischen Schritt zu Verminderung des Schadstoffausstoßes im Verkehr. Erfahrungen in anderen Städten, Umfragen und Studien beweisen, dass durch günstigere Preise im öffentlichen Nahverkehr mehr Menschen zum Umstieg vom motorisierten Individualverkehr zu gewinnen sind und die Umweltbelastung deutlich gesenkt werden kann. Für Menschen mit niedrigerem Einkommen ein wichtiger Schritt zur Teilhabe.</p> <p>Fraktion: -2.500.000 Euro, Die Stadt Tübingen führt eine Rabattierung des Deutschlandtickets von 20 Euro ein, statt die bisher angedachten 10 Euro, sodass der Preis 29 Euro statt 49 Euro beträgt. Dies soll gelten ab der deutschlandweiten Einführung des Tickets. Dadurch kostet das Ticket ungefähr 1 Euro pro Tag, so viel wie für das 365 Euro ÖPNV Ticket geplant war, aber für ganz Deutschland.</p> <p>-171.000 Euro, KreisBonusCard-(KBC)-Inhaber_innen Deutschlandticket für 15 Euro. Für finanziell benachteiligte Personen sind 29 Euro oder mehr pro Monat immer noch zu viel Geld für Mobilität innerhalb Deutschlands. Alle Menschen sollten ein Recht auf Mobilität haben, unabhängig von ihren finanziellen Mitteln, daher fordern wir eine zusätzliche Rabattierung von 50% für diese Menschen.</p> <p>-360.000 Euro, Absenkung des Deutschlandtickets in Tübingen für Schüler_innen und Auszubildende auf 22 Euro. Für Schüler_innen und Auszubildende sind 29 Euro oder mehr pro Monat immer noch zu viel Geld für Mobilität innerhalb Deutschlands. Sie können stattdessen 22 Euro für das Baden-Württemberg ÖPNV Ticket zahlen, dieses gilt aber nur innerhalb Baden-Württembergs. Alle Menschen sollten ein Recht auf Mobilität haben, unabhängig von ihren finanziellen Mitteln und egal wohin sie wollen. Daher fordern wir eine zusätzliche Rabattierung auf den aktuellen Preis für das Baden-Württemberg ÖPNV Ticket für diese Menschen. Insbesondere die o.g. Personengruppe soll die Möglichkeit haben, ihren Horizont zu erweitern und die Welt außerhalb Baden-Württembergs zu erleben.</p> <p>FDP: ÖPNV, Rabattierung Deutschlandticket: A) kostenneutrale Umschichtung innerhalb der Ersätze an die SWT: Rabattierung Deutschlandticket um 15 Euro (34-Euro-Ticket), kostenneutral gegen Wegfall der Linie X 14 Ammertalzubringer und zeitliche Verschiebung Deutschlandticket gegenüber früher geplantem 365-Euro-Ticket (1.3 / 1.5.) B) die Streichung Samstag umsonst - bei immer attraktiveren Tickets allgemein sowie für Schüler, Studenten, Jugend allgemein (Tübinger Deutschlandticket und landesweites Jugendticket) weiterer allgemeiner Anreiz nicht mehr erforderlich, stattdessen spezifische Maßnahmen, z.B. (Anregung) ein Abendticket für zwei Personen, dessen Preis dem in den Parkhäusern zu zahlenden Beträgen bei Einfahrt nach 19 Uhr entspricht.</p> <p>Jugendgemeinderat: -800.000 Euro, 29-Euro-Ticket - Bezuschussung des Deutschlandtickets in Tübingen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Aufgrund von Fristablauf wird die TüBus GmbH das Deutschlandticket um 10 Euro auf 39 Euro absenken (siehe Vorlage 33/2023). Eine weitere Absenkung birgt erhebliche Einnahmerisiken bei den Semester- und Jobtickets. S. hierzu separate Stellungnahme swt.</p>	<p>Reduzierung KBC: 52.000 Euro: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>Bezuschussung Deutschlandticket auf 34 Euro für Tübinger Bürger_innen: mehrheitlich zugestimmt</p>	244.000,00

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP zum Ergebnishaushalt																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	16			
Zeile	Haushaltsplan /	Organisations einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	JGR/IR	Bemerkungen	Ergebnis	Veränderung	
						+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2					
56	431	93	5470-9	17	-3.889.640						-337.500 -51.500		-105.000	<p>Fraktion: -337.500 Euro. Busticket für alle Fahrten im TüBus von 19 Uhr bis 6 Uhr zu einem ermäßigten Preis analog des Nachtтарifs in den Parkhäusern, verbunden mit Rabatt bei abendlichen Kulturevents in der Stadt Tübingen.</p> <p>18:00 Uhr Ticket: Im Tübinger Stadtverkehr zahlt man für eine Hin- und eine Rückfahrt mindestens 4,90 Euro. Das ist verhältnismäßig viel, wenn man sich nur von einem Ortsteil für eine Veranstaltung in die Stadt begeben will. Würde man ein 18:00 Uhr Ticket einführen, könnte man möglicherweise Autoverkehr und alkoholbedingte Auto- und Radunfälle reduzieren. Ein solches Angebot (Abend-/Nachtтарif) gibt es bereits für die Parkhäuser in Tübingen im Gegensatz zum ÖPNV.</p> <p>-51.500 Euro. WLAN in Bussen ausweiten. Verdopplung der Anzahl der mit kostenfreiem WLAN ausgestatteten Bussen (11 auf 22).</p> <p>Jugendgemeinderat: -105.000 Euro. Ausweitung des ticketfreien TüBus-Angebots auf den Freitagabend ab 18 Uhr.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: S. hierzu separate Stellungnahme swt.</p>	<p>attraktives Abendangebot 200.000 Euro mit Sperrvermerk: Aufhebung VA, Rücksprache mit Naldo Kostenberechnung für attraktiven Abendverkehr für Einzelfahrscheinkaufende: mehrheitlich zugestimmt</p> <p>WLAN Busse: 51.500 Euro wird zugestimmt</p>	-251.500,00 €	
57	450	022	5110-022	14	-30.770	-10.000 -250.000	-20.000							<p>AL/Grüne: -10.000,00 Euro: Für Eröffnungs-Aktionstage an der neuen Radstation, um den Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz der neuen Angebote (z.B. Garderobenparken, Lastenradverleih, Fahrradservice,...) zu fördern. Dies soll auch bezwecken, dass die neue Tiefgarage stark genutzt wird und so keine Fahrräder mehr direkt vor dem Bahnhofsgebäude abgestellt werden. Z.B. könnte allen Nutzer*innen in den Eröffnungstagen ein Gutschein für die Angebote des neuen, als Inklusivbetrieb arbeitenden Betreibers der Radstation ausgehändigt werden, welcher sowohl bei der Fahrrad-Service-Station oder beim angeschlossenen inklusiv-betriebenen Café eingelöst werden kann.</p> <p>-250.000 Euro. Nutzbarmachung des Baufelds am Europaplatz. Der bestehende Busbahnhof am Europaplatz wird voraussichtlich noch mehrere Jahre nicht bebaut werden, da hier - sinnvollerweise- vorher eine umfangreiche öffentliche Beteiligung und eine komplexe Planung anstehen. Die vorhandene Asphaltfläche ZOB sollte bis zum Baubeginn daher so umgestaltet, begrünt und möbliert werden, dass sie für die Öffentlichkeit, die Schulen, die Kultur usw. sinnvoll nutzbar sind. Hierfür gibt es mit Akteuren wie der Jugendarbeit, dem Stadtseniorenrat, den Schulen usw. bereits erste Überlegungen, die ab Herbst 2023 umgesetzt werden könnten.</p> <p>SPD: -20.000 Euro. Interimsnutzung der Fläche auf dem Europaplatz nach Fertigstellung des neuen Busbahnhofs bis zum Beginn der künftigen Bebauung.</p>	<p>Eröffnungsevent Radstation: mehrheitlich zugestimmt, Veranschlagung investiv da zu AHK gehörend</p> <p>Nutzbarmachung des Baufelds (Interimsnutzung): Planung investiv, Übertragung in Investitionshaushalt: 250.000 Euro, 200.000 SV</p>		
Nachrichtlich:																	896.920,00
														<p>Linke: +27.470 Euro, -1,0 AK. Stelle Graffiti beseitigung: Es gibt keine Notwendigkeit eine neue Stelle einzurichten, Graffiti zu beseitigen ist nicht so eilig.</p> <p>Fraktion: +27.000 Euro, -1,0 AK. Stelle Graffiti beseitigung: Die Stelle soll als Ergebnis eines populistischen Wahlversprechens geschaffen werden, wir halten das für eine Verschwendung von Geldern.</p>			